

GR Mag. Klaus FRÖLICH

21.05.2015

A N T R A G
zur
dringlichen Behandlung

unterstützt durch die im GR vertretenen

Klubs von

Betr.: UnternehmerInnen sind nicht unsere Feindbilder, sondern unsere Vorbilder!
Unternehmerfreundlichkeit ist Konjunkturbelebung!

So plakativ kann man es auf den Punkt bringen. Letztlich können wir nur jenes Geld verteilen, das Unternehmerinnen und Unternehmer, Gründerinnen und Gründer, die sich in der Wirtschaft mit Leistung, Ideen, Innovationen und Investitionen und auf eigenes Risiko nachhaltig bewähren, mit ihren Steuern und Abgaben an den Staat abliefern.

Allein in Graz zahlen Unternehmen rund 5 Milliarden Euro an Löhnen und Gehältern und weitere 1,5 Milliarden fließen aus Unternehmenskassen in diverse Sozialtöpfe wie Pensions-, Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, in den Wohnbau-Förderungsbeitrag, Zuschlag nach dem Insolvenz-Entgeldsicherungsgesetz, Zuschlag zum Familienlastenausgleichsfond, in die Kommunalsteuer, in die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse und vieles mehr. Und hier sprechen wir nur von den gesetzlichen Nebenkosten.

Dies führt dazu, dass bei einem Jahresbruttoeinkommen von 28.000.- was einem Jahresnettobetrag incl. Sonderzahlungen von 20.002.- entspricht, die Lohnnebenkosten jährlich 8.677.- betragen, das bedeutet Gesamtkosten von 36.677.- für das Unternehmen!

Leider liegen wir in Österreich nach einem Ranking der Weltbank international nur auf Platz 20 der unternehmerfreundlichen Länder und diesen Rang haben wir nur auf Grund der großen Sicherheiten, die unser Standort bietet und nicht, weil wir es jungen Menschen besonders attraktiv gemacht wird in die Selbstständigkeit zu gehen.

Am einfachsten machen es den Unternehmern übrigens Singapur, Neuseeland und Hongkong, gefolgt von Dänemark, Korea, Norwegen und den Vereinigten Staaten. Deutschland findet sich auf Rang 14 dieser Einschätzung der Weltbank.

Die Stimmung gegenüber UnternehmerInnen ist in den letzten Jahren schlechter geworden.

Statt UnternehmerInnentum zu fördern, werden diese unter Generalverdacht der Steuerhinterziehung gestellt, werden ständig neue Auflagen von der Gesundheit bis zum Brandschutz erfunden, gibt es eine Lohnnebenkostenflut wie in keinem anderen EU Land. Dann wird zu allen Überfluss auch noch aktuell vom Sozialminister suggeriert man könne doch mit einer Urlaubswoche mehr, einer Überstundenabgabe oder gar einer Wertschöpfungsabgabe auf Unternehmen sich von „denen da“ noch etwas holen. Da findet man Retro-Gedankengut statt Wertschätzung gegenüber Unternehmen. Nur durch Ideen, Innovation, Investition und Arbeit können Wertschöpfung und Wohlstand entstehen. Es sind die Unternehmen, die diesen Leistungsmotor in Gang setzen. Dafür braucht es freie Entfaltungsmöglichkeit und vorhersehbare stabile Rahmenbedingungen.

Der Frust, vor allem bei Jungen steigt und die übervorsichtige Banklandschaft, die trotz Niedrigzinsniveau kaum bereit ist das Risiko zumindest zu einem kleinen Teil mitzutragen, tut das Ihre und auch dies führt dazu, dass wir uns tatsächlich Sorgen machen müssen um Wachstumsraten. Wachstum ist nun einmal untrennbar mit dem Schaffen von Arbeitsplätzen und Wohlstand verbunden.

Ein weiterer Hinweis für ein unternehmerunfreundliches Klima in Österreich ist, dass zwar mit der Einführung der Mindestsicherung großartig versprochen wurde, dass Transferleistungen der öffentlichen Hand offengelegt werden, dieses Unterfangen aber bei jenen stecken geblieben ist, die etwas zum Allgemeinwohl beitragen, nämlich den Unternehmen und bäuerlichen Betrieben, jene die in erster Linie etwas bekommen von der öffentlichen Hand aber bis heute von der Transparenz ausgespart bleiben.

Diese Transferdatenbank gehört, wenn wir von einem transparenten Umgang mit Steuergeldern reden wollen, wenn schon, dann in beide Richtungen eingerichtet.

Klein- und Mittelbetriebe brauchen letztlich eine rasche Umsetzung der Bestimmungen zur Entbürokratisierung im Sinne der Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

Die zahlreichen Vorschriften und Auflagen und die inzwischen zu einer Armee angewachsenen Kontrollierenden in allen Bereichen stehlen den UnternehmerInnen jene Zeit, die sie zur Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen, anstelle zur Bewältigung der Bürokratie, nutzen könnten. Unzählige Beispiele könnten hier angeführt werden.

Ein unternehmerfreundliches Klima ist insbesondere notwendig, damit mehr junge Menschen den Weg in die Selbstständigkeit wagen, die Verwaltung sollte Menschen bei der Entfaltung ihrer unternehmerischen Tätigkeit unterstützen und nicht Barrieren aufbauen. Auch als Standortfaktor ist dieses positive Klima unverzichtbar

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dinglichen Antrag:

Die übergeordneten gesetzgebenden Ebenen, Land Steiermark, namentlich Landeshauptmann Mag. Franz Voves und Republik Österreich, namentlich Bundeskanzler Werner Faymann, werden am Petitionsweg aufgefordert, im Sinne des Motivenberichts alles daran zu setzen, dass Österreich im Ranking der Unternehmerfreundlichkeit einen Platz unter der Top 10 erreicht. Dabei sind drei Faktoren wesentlich zu berücksichtigen:

1. Eine nachhaltige Entlastung des Faktors Arbeit.
2. Ein Ende der Überregulierung durch Vorschriften und Auflagen, durch eine merkbare Reduktion der landes- und bundesstaatlichen Vorschriften und eine Überarbeitung und Reduktion der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.
3. Ein für GründerInnen investitions- und finanzierungsfreundliches Klima.